

Es ist deutlich, daß über den gesamten Zeitraum bereits Wasserkraft und fossile Kraftwerke alleine den Strombedarf abgedeckt hätten. Die Kernkraftwerke waren völlig überflüssig. Inzwischen wird von mehreren japanischen Fachleuten dazu offen erklärt, daß es beim Aufbau der Kern-

kraftwerke auch in Japan primär darum ging, die Option zum Bau von Atomwaffen offenzuhalten.

Wie es auf lange Sicht weitergehen wird, ist aber noch nicht klar. In Japan müssen die Regierungen der Präfekturen der Wiederinbetriebnahme

nach wartungsbedingten Abschaltungen der AKW zustimmen. Solche Zustimmungen wurden nach der Katastrophe in Fukushima nicht mehr erteilt. Es gibt inzwischen zahlreiche Initiativen der anwohnenden Bevölkerung, die die lokalen Regierungen unter Druck setzen,

diese Zustimmung auch weiterhin nicht zu erteilen. Große Industrieunternehmen beginnen, eigene Kraftwerke aufzubauen. Erschwerend in der gegenwärtigen Umbruchsituation ist, daß es für Japan insgesamt (wie auch für Deutschland) kein schlüssiges Energiekonzept gibt. ●

## Atompolitik / Atomwirtschaft

# Euratom gehört abgeschafft

Am 21. März 2012 fand im Bundestagsausschuß für die Angelegenheiten der Europäischen Union eine Experten-Anhörung zu den Konsequenzen eines Ausstiegs aus dem Euratom-Vertrag statt. Grundlage der Anhörung war ein Antrag der Fraktion Die Linke. Darin fordern die Abgeordneten von der Bundesregierung, sich für die Auflösung des Euratom-Vertrages einzusetzen und statt dessen einen neuen europäischen Vertrag zu schließen, der eine „alternative Europäische Gemeinschaft zur Förderung von erneuerbaren Energien und Energieeinsparung“ begründen soll.

Der Ausbau der Atomenergie mit Hilfe von Wissenstransfer, finanzieller Forschungsunterstützung und Kreditfazilitäten ist eine der Hauptaufgaben von Euratom. Damit paßt Euratom nicht in die Energiepolitik einer Bundesregierung, die das Abschalten aller Atommeiler vorsieht und es ist widersinnig, Euratom weiterhin mit Beiträgen in Höhe von 117 Millionen Euro jährlich für den Ausbau der Atomkraft in Europa zu unterstützen, meint auch Hans-Josef Fell, energiepolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen. Die Diskussion in Österreich, die Auflösung des Euratom-Vertrages mit einer Petition an die Europäische Kommission zu erreichen, solle auch in Deutschland aufgegriffen werden.

Die Europäische Atomgemeinschaft (Euratom) wurde 1957 durch die Römischen Verträge beschlossen, um „sicherzustellen, daß alle Mitgliedstaaten von der Entwicklung der Atomenergie profitieren“ können. Die Forderung nach einem Ausstieg aus dem Euratom-Vertrag stieß bei der Anhörung auf ein geteiltes Echo.

Professor Jürgen Grunwald vom Europa-Institut des Saarlandes hob hervor, daß es sich bei der Frage eines Austritts aus dem Euratom-Vertrag und der Gründung einer Agentur für Erneuerbare Energien um zwei verschiedene Punkte handele. Es gebe kein Junktum zwischen diesen beiden Aspekten. Eine Auflösung der Institution könne aber eine Reihe von Nachteilen haben, etwa für die Strahlensicherheit oder Klagerechte einzelner Staaten, meinte er. Zwar hätte ein Austritt aus dem Euratom-Vertrag keine direkten Konsequenzen für einen Verbleib in der Europäischen Union, würde aber eine Reihe ungeklärter juristischer Fragen aufwerfen.

„Sie können kündigen, sie sollten das bloß nicht tun“, war die Empfehlung der Rechtsanwältin und Expertin für Energiefragen Dörthe Fouquet. Sie erläuterte, daß ein Ausstieg rechtlich möglich sei, aber den Wegfall der Geschäftsgrundlage für den Bereich der Atomenergie bedeuten würde. Ein Ausstieg müsse daher von neuen Geset-

zen begleitet werden. Sie äußerte die Auffassung, daß heutzutage ein „Sonderrecht für eine Energiequelle“ nicht mehr zu rechtfertigen sei. Die Energieexpertin schlug daher vor, eine zeitliche Grenze für den Euratom-Vertrag zu vereinbaren. In diesem Zeitraum könnten dann die anstehenden Fragen langfristig geregelt werden.

Ein Ausstieg aus dem Euratom-Vertrag beurteilte Joachim Knebel vom Karlsruher Institut für Technologie (KIT) aus wissenschaftlicher Perspektive als kritisch. Aus Forschungssicht lägen die Schwerpunkte des Vertrages auf Themen wie Abfallentsorgung, Strahlenschutz und Fusionsforschung, bei denen man auf eine internationale Zusammenarbeit angewiesen sei, sagte er und fügte hinzu: „Die Sicherheitsphilosophie ist sehr fein gegliedert. Sie kann über Euratom auch in anderen Ländern installiert werden.“ Außerdem werde die Forschung ohne Euratom teurer. So stünde Deutschland bei der Rückholung der Forschungsmittel an zweiter Stelle.

Den positiven Aspekten widersprach Patricia Lorenz von der Organisation Friends of the Earth. „Euratom dient der Förderung der Atomenergie und nicht der Sicherheit“, sagte sie. Die nukleare Sicherheit könne gar nicht Thema von Euratom sein, da für diese Fragen allein die nationalen Behörden zuständig seien. Gleichzeitig warnte sie auch davor, daß Euratom Kredite an fragwürdige Projekte für Atomkraftwerke in der Ukraine gebe. Bis heute wür-

den viele Staaten in den Vertrag gezwungen werden, sagte sie und folgerte daraus: „Die Auflösung ist für mich die sinnvollste Variante“. Eine einseitige Kündigung sei auf Grund des Völkerrechts möglich. Die im Euratom-Vertrag notwendigen Inhalte wie die Verhinderung der Proliferation, dem Schutz vor Radioaktivität oder der Atommüllentsorgung könnten auch über das allgemeine EU-Recht organisiert werden.

## Die NaturFreunde Deutschlands starten die Kampagne "EURATOM? Nein Danke!"

2007 hatte Deutschland bereits beim Abschluß des EU-Vertrages von Lissabon zu Protokoll gegeben, daß der EURATOM-Vertrag neu verhandelt werden müsse. Ein aktuell vorliegender Entschließungsantrag der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag ziele nun in die richtige Richtung, nämlich den Umbau in eine europäische Agentur für erneuerbare Energien, meint auch der Umweltschutzverband NaturFreunde Deutschlands. Der 1957 geschlossene Vertrag zur Einrichtung der Europäischen Atomgemeinschaft bevorteile einseitig die Atomindustrie in der Europäischen Union und verhindere nicht nur in Staaten mit Atomkraftwerken den Umbau zu einer dezentralen und umweltfreundlichen Energieversorgung. In der laufenden Förderperiode sind im Haushalt der Europäischen Union 7,8 Milliarden Euro für die Förderung der Kerntechnik eingestellt. Geld, das sinnvoller in die Erforschung und

den Ausbau der erneuerbaren Energien angelegt sei.

Aus diesem Grund haben die Naturfreunde-Internationale und die NaturFreunde Deutschlands die Kampagne „EURATOM? Nein Danke!“ gestartet. Diese Kampagne dient dazu, die Bevölkerung in Deutschland und der Europäischen Union über EURATOM aufzuklären. Zudem haben die Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, einen Appell an Bundeskanzlerin Merkel zu unterschreiben, indem sie sie auffordern, einen neuen europäischen Vertrag zu schließen, auf dessen Grundlage die erneuerbaren Energien gefördert und erhebliche Energieeinsparungen in ganz Europa durchgesetzt werden.

### Bulgarien, Eon und RWE geben Atomprojekte auf

Nachdem die bulgarische Regierung am 28. März 2012 ihre Pläne für den Bau des umstrittenen Atomkraftwerks Belene aufgegeben hatte, verkündeten die Stromkonzerne Eon und RWE einen Tag danach, daß auch sie ihre Pläne zum Bau von Atomkraftwerken in Großbritannien aufgeben.

Hinter dieser Entscheidung steckt nicht nur die Erkenntnis, daß das Risiko eines Reaktorunfalls in einem Erdbebengebiet wie in Bulgarien nicht tragbar ist. Bulgarien ist es jahrelang auch nicht gelungen, für Belene (außer in Rußland) internationale Investoren zu finden. Denn Atomkraft ist auch wirtschaftlich nicht sinnvoll. Diese Erkenntnis hat sich nun offenbar auch bei Eon und RWE durchgesetzt, nachdem zuvor jahrelang verkündet worden war, man wolle die atomare Renaissance in Großbritannien vorantreiben.

Weitere Informationen dazu unter [www.euratom-nein-danke.de](http://www.euratom-nein-danke.de).

Die vollständigen Stellungnahmen der Sachverständigen der Anhörung des Europaausschusses sind zu finden unter

[www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse17/a21/anhoeerungen/62\\_Sitzung/index.html](http://www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse17/a21/anhoeerungen/62_Sitzung/index.html) ●

## Atomwirtschaft

### Abrißkosten explodieren

Zu einem Milliarden-Debakel scheint der Abriß von drei Alt-Atomkraftwerken in Litauen, der Slowakei und Bulgarien zu werden, der derzeit von der Europäischen Union (EU) und damit von den Steuerzahlern finanziert wird. Für die Reaktoren in Ignalina, Jaslovské Bohunice und Kosloduj, deren Abschaltung Voraussetzung für den EU-Beitritt dieser Länder war und deren Stilllegungskosten deshalb von der EU mitgetragen werden, wurden bislang 2,85 Milliarden Euro bereitgestellt. Jetzt warnte der Europäische Rechnungshof vor einem zusätzlichen Finanzierungsbedarf von mindestens weiteren 2,5 Milliarden Euro.

Im „Sonderbericht über die finanzielle Unterstützung der EU für die Stilllegung von Kernkraftwerken“ [1] spart der Rechnungshof nicht mit Kritik. Es fehle an konkreten Ziel- und Ergebnisvorgaben der Programme, die Zuständigkeiten seien unklar, die Überwachung mangelhaft und der zusätzliche Finanzierungsbedarf noch nicht überschaubar. Vor allem die Kosten für den Abriß des litauischen AKWs Ignalina seien aufgrund umfassender Budgetüberschreitungen und Verzögerungen vollständig aus dem Ruder gelaufen.

Für die Stilllegung der beiden Ignalina-Reaktoren hat die EU mit 1,4 Milliarden Euro bislang fast so viel bereitgestellt, wie für die sechs Reaktorblöcke von Jaslovské Bohunice und Kosloduj zusammengekommen. Nun sei allein in Litauen aber mit Kosten von etwa 3 Milliarden Euro zu rechnen [2].

1 <http://eca.europa.eu/portal/pls/portal/docs/1/11964733.PDF>

2 <http://www.klimaretter.info/energie/hintergrund/9808>

3 <http://www.klimaretter.info/politik/hintergrund/9012> ●

# Strahlentelex mit ElektrosmogReport

## ✂ ABONNEMENTSBESTELLUNG

An Strahlentelex mit ElektrosmogReport  
Th. Dersee, Waldstr. 49, D-15566 Schöneiche b. Berlin

Name, Adresse:

**Bitte teilen Sie Adressenänderungen künftig rechtzeitig selbst mit, und verlassen Sie sich bitte nicht auf die Übermittlung durch die Post. Vielen Dank.**

Ich möchte zur Begrüßung kostenlos folgendes Buch aus dem Angebot (siehe unter [www.strahlentelex.de/Abonnement.htm](http://www.strahlentelex.de/Abonnement.htm)):

Ich/Wir bestelle/n zum fortlaufenden Bezug ein Jahresabonnement des **Strahlentelex mit ElektrosmogReport** ab der Ausgabe Nr. \_\_\_\_\_ zum Preis von EURO 72,00 für 12 Ausgaben jährlich frei Haus. Ich/Wir bezahlen nach Erhalt der ersten Lieferung und der Rechnung. Dann wird das **Strahlentelex mit ElektrosmogReport** weiter zugestellt. Im Falle einer Adressenänderung darf die Deutsche Bundespost - Postdienst meine/unsere neue Anschrift an den Verlag weiterleiten.  
Ort/Datum, Unterschrift:

**Vertrauensgarantie:** Ich/Wir habe/n davon Kenntnis genommen, daß ich/wir das Abonnement jederzeit und ohne Einhaltung irgendwelcher Fristen kündigen kann/können.

Ort/Datum, Unterschrift:

**Strahlentelex mit ElektrosmogReport • Informationsdienst •**  
Th. Dersee, Waldstr. 49, D-15566 Schöneiche b. Berlin, ☎ 030 / 435 28 40, Fax 030 / 64 32 91 67. eMail: [Strahlentelex@t-online.de](mailto:Strahlentelex@t-online.de), <http://www.strahlentelex.de>

**Herausgeber und Verlag:** Thomas Dersee, Strahlentelex.

**Redaktion Strahlentelex:** Thomas Dersee, Dipl.-Ing. (verantw.), Dr. Sebastian Pflugbeil, Dipl.-Phys.

**Redaktion ElektrosmogReport:** Isabel Wilke, Dipl.-Biol. (verantw.), c/o Katalyse e.V. Abt. Elektrosmog, Volksgartenstr. 34, D-50677 Köln, ☎ 0221/94 40 48-0, Fax 0221/94 40 48-9, eMail: [i.wilke@katalyse.de](mailto:i.wilke@katalyse.de), <http://www.elektrosmogreport.de>

**Wissenschaftlicher Beirat:** Dr.med. Helmut Becker, Berlin, Dr. Thomas Bigalke, Berlin, Dr. Ute Boikat, Bremen, Prof. Dr.med. Karl Bonhoeffer, Dachau, Prof. Dr. Friedhelm Diel, Fulda, Prof. Dr.med. Rainer Frentzel-Beyme, Bremen, Dr.med. Joachim Großhennig, Berlin, Dr.med. Ellis Huber, Berlin, Dipl.-Ing. Bernd Lehmann, Berlin, Dr.med. Klaus Lischka, Berlin, Prof. Dr. E. Randolph Lochmann, Berlin, Dipl.-Ing. Heiner Matthies †, Dr. Werner Neumann, Altenstadt, Dr. Peter Pliening, Berlin, Dr. Ernst Rößler, Berlin, Prof. Dr. Jens Scheer †, Prof. Dr.med. Roland Scholz †, Priv.-Doz. Dr. Hilde Schramm, Berlin, Jannes Kazuomi Tashiro, Kiel.

**Erscheinungsweise:** Jeden ersten Donnerstag im Monat.

**Bezug:** Im Jahresabonnement EURO 72,- für 12 Ausgaben frei Haus. Einzelexemplare EURO 7,20, Probeexemplar kostenlos.

**Druck:** Bloch & Co. GmbH, Prinzessinnenstraße 26, 10969 Berlin.

**Vertrieb:** Datenkontor, Ewald Feige, Körtestraße 10, 10967 Berlin.

Die im Strahlentelex gewählten Produktzeichnungen sagen nichts über die Schutzrechte der Warenzeichen aus.

© Copyright 2012 bei Thomas Dersee, Strahlentelex. Alle Rechte vorbehalten. ISSN 0931-4288